

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranlagungsbehalte kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbehalte werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Polorny; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Böckum, Wismarhauser Straße 38—42. Telefon-Nr. 28 u. 30. Telegr.-Adr.: A. B. B. Böckum.

Internationale Lebensmittelnot.

Alle Nachrichten über den Ausfall der Welternte an Getreide lassen erkennen, daß sie im allgemeinen unter dem Normalmaß, gerade in Ländern, die mit ihrem Getreideüberfluß sonst den Weltmarkt versorgen, sogar schlecht ausgefallen ist. Nach den Zusammenstellungen des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom erreicht der Ertrag der Roggen-ernte in Spanien, Irland, Italien, Kanada und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nur 94,4 Prozent des vorjährigen. An Weizen sind auf der nördlichen Erdhälfte nur 604,97 Millionen Doppelzentner, fast 50 Mill. D.-B. weniger als im Durchschnitt 1909/13 geerntet worden. Die Gersten-ernte betrug in den Hauptländern nur 90 Prozent des vorjährigen Ertrages, an Hafer wurde nur 83,2 Prozent, an Mais nur 85,7 Prozent geerntet. Zu all dem Unglück, das der Krieg über die Menschheit gebracht hat, ist nun also auch noch eine internationale Lebensmittelnot gekommen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika trägt man sich mit dem Gedanken eines geschlossenen Nahrungsmittel-ausfuhrverbots; in Argentinien (Südamerika), das sonst Europa mit großen Getreidemengen versorgte, fiel die Ernte auch schlecht aus und ist auch dort ein Nahrungsmittel-ausfuhrverbot nicht ausgeschlossen.

Unmittelbar wird von diesem schlechten Ernteausschlag zunächst Großbritannien betroffen, das wegen seiner geringen eigenen Landwirtschaft auf gewaltige Lebensmittelzufuhren angewiesen ist. Das Versehen vieler für Großbritannien und seine Verbündeten bestimmten Transportschiffe mit Nahrungsmitteln durch unsere Unterseeboote hat außerdem die Landesversorgung so beeinträchtigt, daß schon jetzt in England über große Nahrungsmittelknappheit und dementsprechende Teuerung bitter geklagt wird. Schon sieht sich die englische Regierung gezwungen, Maßnahmen für die Rationierung der Lebensmittel zu treffen, Maßnahmen, die in Deutschland bereits nötig wurden, weil uns die britisch-französisch-italienische Seeblockade die überseeische Nahrungsmittelzufuhr abgeschnitten hat. Daß nun England, obgleich ihm „die Meere offen stehen“, bereits unter derselben Nahrungsmittelnot und Teuerung leidet wie die vom Weltverkehr abgeschnittenen Mittelmächte, das ist eine Zügelung des Schicksals, die Deutschland und den Friedensbestrebungen nicht ungünstig ist. Und das Schicksal wäre vollauf verdient, wenn es nur die Kreise trafe, die zum Kriege schritten und ihn „bis zum bitteren Ende“ fortsetzen wollen. Leider aber trifft die Not weitaus am meisten die breiten Volksmassen, ohne deren Befragung der Krieg inszeniert worden ist.

In Frankreich und Italien herrscht ebenfalls große Lebensmittelnot und eine ungeheure Auswanderung der Volksmassen. Die Arbeitskräfte der Landwirtschaft, ihre Zugtiere und Gepanne sind vorwiegend für den Kriegsdienst eingezogen, der Boden konnte daher nicht genügend beackert, die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht werden. Die Nahrungsmittelzufuhr wird auch hier gebremst und kolossal verteuert durch den Verlust vieler Transportschiffe. Besonders haben diese Länder noch zu leiden unter einer Kohlennot, die zu unabsehbaren Katastrophen führen kann. Rußland hat zwar — es ist eine Getreideausfuhrland — Nahrungsmittel genug im Lande, aber keine ausreichenden Transporteinrichtungen (Eisenbahnen usw.), um den Großstädten und Industriebezirken genügend und regelmäßig Nahrungsmittel aus dem weiten Landesinnern zuzuführen. Die verhältnismäßig wenigen Eisenbahnen werden zudem hauptsächlich von der Heeresverwaltung für Truppentransporte usw. in Anspruch genommen. So ist es zu verstehen, daß in dem an landwirtschaftlichen Erzeugnissen überreichen Inner-Rußland gewaltige Nahrungsmittel-mengen verderben, während in Petersburg, Moskau und in den Industriebezirken schon Hungernöte herrschen.

Deutschlands Getreideernte ist 1916 auch nicht vorzüglich, aber zum Glück doch besser gewesen als 1915. Unser

Vorrat an Brotgetreide reicht aus bis zur nächsten Ernte für die Volksernährung, wenn das Getreide nicht gesehwächt als Viehfutter verbraucht und die Brotbackung streng durchgeführt wird. Daß den Schwerindustriearbeitern, darunter den Bergarbeitern, über die allgemeine Nahrungsmittelnot hinaus weitere Gewährung, dafür treten die Gewerkschaftsvorstände bei den zuständigen behördlichen Stellen nachdrücklich ein und finden für diese Forderung auch volles Verständnis.

Direkt schlecht ausgefallen ist leider diesjährig unsere Kartoffelernte. Diese Tatsache steht fest, mit ihr müssen wir alle rechnen. Da hilft kein Vertuschen, sondern es muß nun alles was möglich ist, getan werden, damit die vorhandenen Kartoffeln, mögen sie noch so raffiniert veredelt sein, doch rechtzeitig zur Nahrung und gerecht zur Verteilung kommen. Dann weiter muß namentlich den Schwerindustriearbeitern eine höhere als die allgemeine Kartoffelration pro Kopf gestiftet werden. Vom 1. Januar ab soll allgemein die Kartoffelration pro Kopf und Tag 4 Pfund (bisher 1 Pfund) betragen. Daß es außerordentlich schwer ist, mit dieser Ration auszukommen, wenn nicht für anderweitige Nahrungsmittel gesorgt wird, darüber besteht wohl überall Uebereinstimmung. Die Schwerindustriearbeiter können mit dieser Kartoffelration überhaupt nicht auskommen und es sind hierfür ja auch wieder Kartoffelzulagen vorgesehen. Die Bergarbeiter sollen dem Vernehmen nach 1½, wenn möglich bis 2 Pfund pro Tag, je nach der Schwere der Arbeit, erhalten. Das ist auch notwendig. Über soll man solchen Schichten, die keine schwere (oder gar keine) Arbeit verrichten, sich aber vermöglicher Vermögenslage andere Nahrungsmittel kaufen können, die Kartoffel- und Brotationen kürzen. Dieses Opfer kann verlangt werden.

Ob die zur Verfügung stehenden Mengen an Fleisch, Fleischwaren, Fettwaren, Eier usw. nach Weihnachten, zum Frühjahr hin sich vermehren, also die Rationen pro Kopf erhöht werden können, ist eine Frage, die von diesen Sachverständigen bejaht, von anderen verneint wird. Jedenfalls muß auch hier an die besondere Berücksichtigung der Schwerindustriearbeiter gedacht werden, wenn sie arbeitsfähig bleiben sollen. Auch in dieser Richtung werden es die Gewerkschaftsvorstände an Bemühungen, die Notlage so viel wie nur möglich zu mildern, nicht fehlen lassen.

Unbedingt nötig ist ein Abbau der unerhört hohen Lebensmittelpreise! Es kann und darf nicht so bleiben, daß sich große Massen Arbeiterfamilien nicht einmal die zugeordneten Rationen an fetthaltigen Nahrungsmitteln kaufen können, weil sie zu teuer sind. Es kann und darf nicht so bleiben, daß die rationierten Nahrungsmittel zu Apothekerpreisen an den Markt kommen, so daß nur die Reichen und Wohlhabenden sich versorgen können. Die Not des Vaterlandes erfordert ein rückwärts-loses Ausrotten des Lebensmittelwuchers!

Nicht zuletzt aber ist die Erhöhung der tatsächlich unzureichenden Löhne nötig! Es muß eine große Erbitterung erwecken, wenn nicht nur immer noch Löhne unter 6 Mark an viele tausende Familienernährer gezahlt werden, sondern sogar schon Betriebsbeamte erklären, an Lohnerhöhung sei nicht zu denken, „man“ müsse eher mit Gedinge- und Lohnherabsetzung rechnen! Wir warnen nachdrücklich vor diesem Treiben.

Schließt euch zusammen, Kameraden, sorgt ständig für Stärkung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands! Gemeinsam läßt sich die Notlage besser ertragen und gemeinsam nur können wir Verbesserungen erreichen.

verstockter Eigenwille und tote Buchstaben über das lebendige Leben und die mit diesen verknüpften Tatsachen geht, mögen an dem Wirken der Gewerkschaften nicht immer Gefallen gefunden haben, aber das sieht die nicht an. Die Gewerkschaften dürfen sich rühmen, ihre Pflicht getan zu haben, überall dort, wo es die Interessen der Arbeiter erheischen. Das hat viel Mühe und Arbeit gekostet, so daß sie keine Zeit fanden, wie ihre Kritiker, theoretischen Spinnereien nachzugehen. Dafür sollen die Gewerkschaften jetzt büßen.

In den verschiedensten Bezirken in Deutschland hat man angefangen, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzubringen. Es sind würdige Schüler jener Herrschaften, die schon vor Jahren den Geist der Solidarität und der Disziplin in den Gewerkschaften zu brechen suchten, weil beides sie in ihrem Bestehen hinderte, die Arbeiterklasse mit dem Geist synthetischer und anaristischer Romantik zu erfüllen. Wir erinnern nur an das Kapitel „Massen und Führer“, das viele Jahre hindurch zu allerhand aufregenden Diskussionen Veranlassung gegeben hat. Die Epigonen der Pannekoeks, Sobelsohns und wie sie alle heißen, treiben heute diese Arbeit fort. Jede Gelegenheit wird ausgenutzt, um die Gewerkschaften und ihre Führer zu verächtlichen. Wie toll es getrieben wird, zeigt die kühne Behauptung des der Minderheitsgruppe angehörenden sozialdemokratischen Abgeordneten Vogtherr, „daß die Gewerkschaftsführer sich deshalb für das Kriegshilfsdienstgesetz ins Zeug gelegt hätten, um sich vor der Heerespflicht zu drücken!“ Dieser Wahnsinn findet natürlich Gläubige. Die Wahrheit aber ist, daß ein sehr großer Teil der Gewerkschaftsführer schon von Anfang des Krieges an im Felde steht und alle Strapazen des Feldzuges mitgemacht hat, andere Gewerkschaftsführer haben infolge der Schwächung der Gewerkschaften durch den Krieg — durch die vielen Einziehungen — freiwillig ihre frühere Berufs- oder andere Industriearbeit aufgenommen. Wer heute noch in den Gewerkschaftsbüros sitzt, hat gewöhnlich eine Arbeitslast zu tragen, von der man in den Kreisen der böswilligen Beschimpfer keine Ahnung hat. Wir kennen keinen Gewerkschaftsbeamten, der anlässlich des Krieges verurteilt hat, seine Haut in Sicherheit zu bringen, aber wir kennen in den Reihen ihrer Kritiker Leute genug, die nach Kriegsausbruch vor Angst nicht wußten, wohin Pannekoek rückte nach Holland ab, Sobelsohn nach der Schweiz, um dort vom sicheren Versteck aus die deutschen Arbeiter untereinander zu verheben und das Ausland gegen Deutschland scharf zu machen. Wir kennen Maskeraden und manches andere, was nicht davon zeugt, daß diejenigen den größten Mut haben, die an sicheren Stellen den Mund nicht weit genug aufreißen können. Wie eine in diesen Tagen erschiene Notiz in einem Minderheitsorgan, im Braunschweiger „Volksfreund“, zeigt, machen die „unentwegten Radikalen“ sich wegen ihrer traurigen Selbsten, die sie aus Furcht begangen haben, selbst lustig. Das sind die Leute, die sich dann noch berufen fühlen, Gewerkschaftsbeamte, die ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben und die auch für sie gefährlichen Eventualitäten ruhig entgegenstehen, herunterzureißen und in den Augen der Arbeiter zu verächtlichen.

Das radikale Braunschweiger Organ, früher von Thälheimer, dem Manne, der der sog. Partei schon schwere Sorgen bereitet hat, geleitet, jetzt redigiert von dem ebenso unruhig bekannten Herrn Minister, brachte voriger Woche einen Artikel, der die Gewerkschaften in geradezu fribolier Weise herabzusetzen versucht. Frech wird behauptet, daß die Gewerkschaften anlässlich des Zustandekommens des Gesetzes, den Kriegshilfsdienst betreffend, auf unveräußerliche Rechte der Arbeiter, auf das „Streikrecht“ sowie auf die „Freizügigkeit der Arbeiter“ verzichtet hätten! Selbstverständlich werden die Gewerkschaftsmitglieder auch hier erjucht, „ihre Schiffe“ zu ziehen! Zur Bekräftigung dieses unerhörten Angriffs wird die Zeitschrift eines Berliner Metallarbeiters veröffentlicht, der im Kriegshilfsdienstgeheim nichts weiter sieht, als ein Mittel zur Lahmlegung der Gewerkschaften, „der dann die obige Behauptung von der „Entredung der Arbeiter“ wiederholt und dann mit dem Gedanken spielt, daß Arbeiter sich sagen: „Wozu brauchen wir noch Beiträge zu zahlen, der Verband kann nichts leisten und wir können das Geld jetzt nötig brauchen!“ Andere sagen — so heißt es weiter —: „Meine Beiträge werden ja jetzt nur noch zur Bezahlung der Beamtengehälter benötigt und diese arbeiten ja zum Teil gegen meine Ueberzeugung; dafür soll ich noch zahlen?“ Und dann macht der Einsender der Zeitschrift den Vorschlag, mit Ablauf dieses Jahres alle Rechte und Pflichten in den Gewerkschaften ruhen zu lassen!!! Das soll bis zum Kriegsende andauern. Den Gewerkschaftsbeamten empfiehlt er, sich in Fabriken anstellen zu lassen. So geht es in dem Artikel weiter. Und ein solches Machwerk wird in einem Organ abgedruckt, das vorgibt, daß marginalische Tendenzen zu vertreten, das aber in bezug auf die Gewerkschaftsbeamten das Prinzip aufstellt, daß deren Arbeit recht minderwertig einzuschätzen ist. Das ist der alte Song „von den Arbeitergroßen, von denen die Führer leben“, der alte Vorwurf, wie ihn die schlimmsten Verleumder und Gegner der Arbeiterbewegung früher stets erhoben haben. Daß für diese Arbeitergroßen tüchtige Arbeit geleistet werden muß und daß für diese Arbeit auch Lohn gezahlt werden muß und daß letzten Endes auch der Gewerkschaftsbeamte verlangen kann, daß die Würde seiner Arbeit genau so geachtet wird, als wie das die kämpfenden und aufgestellten Arbeiter für ihre Arbeit in Anspruch nehmen, kommt natürlich Reuten, die sich als die „einzigen wahren Interpreten des Marxismus“ gerieren, nicht in den Sinn. Als Entschuldigung mag für das Braunschweiger Blatt dienen, daß sein neuer Schriftleiter seine Erfahrungen über die deutschen Gewerkschaften in Amerika, auch an bürgerlichen Organen, gemacht hat. Würde er die Gewerkschaftsarbeit kennen, so als das empfinden, was sie ist, müßte er sich seiner Separatist schämen. Aber der Herr, der das Blatt in Braunschweig, nach Vorbild seines Vorgängers (Göppingen) in Grund und Boden hineinredigiert, wie er selbst es in Duisburg beinahe auch fertig

Demagogen.

In einer Anzahl Städte Deutschlands, vor allem in dem Gegenstand Berlin, haben sich Leute gefunden, denen der Streit, den sie in der sozialdemokratischen Partei angefaßt haben, noch nicht genug Verheerungen angerichtet hat. Sie möchten diesen Streit auch auf die Gewerkschaften übertragen. Diese sollen nämlich mit schuld sein an der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Parteimehrheit, das ist die Schuld an der Politik, auf dem Boden der Landesverteidigung zu stehen, bis ein annehmbarer Frieden in Aussicht steht. Diese Haltung, das eigene Land vor dem übermächtigen Gegner zu schützen, soll eine verkehrte sein und „sozialdemokratischen Grundsätzen widersprechen“. Wir haben keine Lust, uns an dieser Stelle mit der Frage zu beschäftigen, ob die von der sozialdemokratischen Parteimehrheit eingeschlagene Politik grundsätzlich vom Standpunkt des Sozialismus richtig ist und ob sie den Interessen der Arbeiterklasse mehr entspricht, als das Vorgehen jener Gruppen in der sozialistischen Bewegung, die das Land zwar verteidigen, es vor einer Niederlage bewahren, aber keine Mittel, um dies zu ermöglichen, bewilligen wollen! Oder ob jene Recht haben, die sich die sogenannten Spartacusgruppe nennt, die eine Pflicht der Landesverteidigung überhaupt ablehnen! Verschiedene Vorgänge, z. B. der bekannte Duisburger Fall, Versammlungen am Niederrhein und anderswo, Wahlen in Groß-Berlin, in Sachsen, Nordhausen, zeigen, daß die Zahl derjenigen, die aus Ueberzeugung der Politik der sozialdemokratischen Parteimehrheit widersprechen, nicht so groß ist, als es nach gewissen Vorurteilen den Anschein erweckt. In der sozialistischen Arbeiterwelt steckt doch viel zu gesunde Ueberzeugung, als daß sie sich zu Sandlungen hinreißen ließe, die der Arbeiterklasse nur dauernden und unübersehbaren Schäden bringen müßte. Daher haben wir die Hoffnung, daß der Streit in der sozialdemokratischen Partei einer befriedigenden Lösung entgegengehen wird.

Was nun den Vorwurf anbelangt, daß die Gewerkschaften einen großen Teil Schuld an der Politik der sozialdemokratischen Parteimehrheit zu tragen haben, so läßt sich diese Unterstellung schon ertragen. Der Vorwurf ist aber hinfällig, denn Wahrheit ist, daß die Gewerkschaften ihre Haltung im Kriege von keiner Partei abhängig machen. Die Gewerkschaften haben selbständig gehandelt, so wie es die Lage der Sache gebot und wie es im Interesse der von ihnen vertretenen Arbeiter gelegen war. Die Aufgaben der Gewerkschaften bestehen nicht darin, lange, theoretische Erörterungen zu beginnen, wenn sie vor Lösung von Problemen gestellt werden, sondern ihre Geschäfte beweisen, daß sie aufpassen — dort wo es nötig ist, daß sie die Dinge nehmen wie sie sind und Richtlinien einhalten, die den Interessen der Arbeiter am meisten dienen. Von diesen Gesichtspunkten aus haben die Gewerkschaften auch ihre Kriegsaufgaben aufgefaßt. Stellt sich nun heraus, daß ihre Haltung mit dem Streben einer so großen Partei wie die der Sozialdemokratie, die doch als eine ausgesprochene politische Vertretung der Arbeiterklasse, wenigstens eines großen Teils derselben, anzusehen ist, übereinstimmt, so ist das sehr erfreulich. Aber welche Taktik die Gewerkschaften verfolgen, darüber entscheiden die Gewerkschaften selbständig, sie können es, weil ihr Arbeitsgebiet klar vorgezeichnet ist, so daß sie sich langatmige, unfruchtbare Auseinandersetzungen und Diskussionen ersparen können. Die Praxis beherrscht die Gewerkschaften, nicht graue Theorie, und das ist gut so.

Als der Krieg ausbrach, haben die Gewerkschaften sich theoretisch nicht beklagt, sie haben sofort eine Tätigkeit entfaltet, die der deutschen Arbeiterklasse bis heute von sehr großem Nutzen gewesen ist. Ohne diese gewerkschaftliche Tätigkeit wäre es heute in der deutschen Arbeiterwelt schlimmer! Das ist nicht nur unsere feste Ueberzeugung, nein, das wird auch von Kreisen anerkannt, die den Gewerkschaften nicht immer gut gewogen waren. Allerdings, Ignoranten und Leuten, denen

gebracht hat, ist derselbe, der schon in- und aus-geleitet genannter Stadt für die Errichtung der Beiträge in der sozialdemokratischen Partei eingetretene ist, wie er auch Gründer von politischen Son-der- und Verspitterungsorganisationen war. Man braucht sich also über solche Artikel, wie sie hier angedeutet sind, denen gewiss neue folgen werden, nicht zu wundern.

Wie stehen nun die Dinge mit dem Kriegsdienst, die mit dem Kriegsdienst? Dieses Gesetz ist ein Notgesetz, das aus dem Kriegszustand heraus geboren ist. Der Krieg selbst ist ein Kulturunglück und was vom Kriege beeinflusst wird, zeigt oft genug die schlimmsten Wirkungen. Man denke an den Hunger, an die Not des arbeitenden Volkes, da die Abwehrung Deutschlands aber auch durch Hunger und Leuerung hervorgerufen ist. So ist auch das Kriegsdienstgesetz kein Kinderstück, sondern eines der üblen Folgen des Krieges. Aber unabhängig von dem Willen der Gewerkschaften hat sich dieses Gesetz nötig gemacht. Kein noch so lauter Schreier wäre imstande gewesen, das Gesetz zu verhindern, es ist da und mag Schwierigkeiten für die Arbeiter ausstrahlen, aber zu hindern war es nicht. Wer das behauptet, mag Beweise schaffen!

Als das Kriegsdienstgesetz veröffentlicht wurde, bestand es aus ganzen vier Paragraphen, es wurde dem Reichstag zur Annahme empfohlen. Gatten sich, wie es der Wunsch im radikal-sozialistischen Lager war, die sozialdemokratische Parteimehrheit und mit dieser die Gewerkschaften passiv verhalten, hätten sie die Dinge nun laufen lassen, wie es die Regierung und gewisse Parteien wünschten, dann wurden diese vier Paragraphen Gesetz und seiner Auslegung war jeder Raum gegeben! Und was dann? Nun, dann wären die Arbeiter erst recht die Geschädigten gewesen, dann kam es in Wirklichkeit so weit, daß die Arbeiter „unveräußerliche Rechte“ preisgeben mußten und daß ihre berufene Vertretung, die Gewerkschaften, ausgeschlossen wurde. Dann wurden die Arbeiter völlig ein Spielball für die Auslegungskünste jener, die über die Anwendung der vier Paragraphen zu saßen und zu wachen hatten. Dadurch aber, daß die sozialdemokratische Parteimehrheit, die freien Gewerkschaften in Verbindung mit anderen Arbeiterorganisationsrichtungen sowie mit Hilfe vernünftiger denkender Kreise aus dem bürgerlichen Lager gemeinschaftlich gegen die Annahme des lächerlichen ersten Gesetzentwurfs Stellung nahmen, Klarheit und Ausgestaltung des Gesetzes erlangten, hat dieses später eine Gestalt bekommen, die sich vom ersten Entwurf wie Tag und Nacht unterscheidet. Nur dem Fanatiker und Ignoranten fällt dieser Gegensatz nicht auf, sonst müßte er doch so ehrlich sein und sagen, daß die Gewerkschaften durch das Kriegsdienstgesetz nicht schmäler, sondern ausgebaut worden sind, sondern daß ihnen Rechte und Aufgaben eingeräumt sind, deren Nutzen die Arbeiter schon zu spüren bekommen werden und an die vor dem Kriege kein Mensch gedacht hat. Man warte doch ab. Freilich, das Gesetz an sich ist ein Übel, aber eins, um größeren Übeln entgegenzuwirken. Wer nun herkommt und die Gewerkschaften verantwortlich machen will für den Zustand, den das Gesetz herbeiführt, ja, wer sich auf die Dauer legt, und alle die großen und kleinen Unbequemlichkeiten, die das Gesetz nun einmal mit sich bringen wird, ausschaltet und die Schuld hierfür den Gewerkschaften aufhals, der beweist, daß er ein ausgekochter Demagoge ist, ein Mensch, der nicht will, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, das, was nicht zu verhindern war, zu lindern.

Ist das Unglück in der deutschen Arbeiterbewegung nicht schon dadurch groß genug geworden, daß sich allerhand Leute finden, die den Arbeitern beibringen wollen, daß durch Verweigerung der Verteidigungsmittel „ein schneller Frieden“ herbeigeführt werden kann? Und die, die Kriegsnot des Volkes ausnützen, um Stimmung gerade gegen jene Kreise zu machen, die am wenigsten schuld an dem Kriege und seinen schlimmsten Folgen haben. Diese blinden Draufgänger öffnen das Ventil der Empörung im Volke nach einer Seite hin, von wo aus alles getan wird, um die Kriegsnot zu lindern und das sich zeltende Unrecht zu bekämpfen. Gaben die Demagogen und Ständemacher in der Arbeiterbewegung denn gar kein Verantwortungsgefühl mehr, fühlen sie nicht, was es heißt, durch eine unfruchtbare verbitternde Agitation die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen, die einzige Minderbedingung der Arbeiterkraft, zu stören? Wenn sie das alles nicht begreifen wollen, dann wird es Zeit, daß man sich diese Querulanten schärfer ansieht, die mit einer solchen Tätigkeit letzten Endes doch nur den Scharfmachern und Arbeiterfeinden in die Hände arbeiten!

Im übrigen hoffen wir auf die Vorurteilslosigkeit und auf den gesunden Menschenverstand der Gewerkschaftsmitglieder. Sie werden schon die rechte Antwort finden, wenn ihnen nach dem Kriege das Urteil überlassen wird, ob die Gewerkschaften richtig gehandelt haben, als sie während des Kriegszustandes alles daran setzten, die Rechte und Forderungen der Arbeiter zu vertreten und zu erweitern, oder ob jene Leute recht hatten, die den Flock auf sich geladen haben, in ernster Zeit, wo die deutsche Arbeiterklasse ihre ganze Kraft und Einheit am nötigsten gebrauchte, durch allerhand demagogische Querulantenstreiche die Aktionsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse nicht zur vollen Entfaltung kommen zu lassen. Wir machen den Störern der Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung, diesen lauten Zischlindern, den Wortwülfen, daß sie durch ihr Vorgehen die Aktionskraft der deutschen Arbeiterbewegung geschwächt haben. Für den Schaden, der daraus für die Arbeiterchaft entstanden ist, machen wir sie mit verantwortlich, sie, die die Sicherheiten ausnützten, welche die Parteimehrheit und die Gewerkschaften durch eine vernünftige Politik ihnen geschaffen haben. Ohne diese Sicherheiten wäre es nirgend stiller, wie in den Kreisen der radikalen Maulhelden, das steht fest. Mögen hieraus die Arbeiter, die jeden Tag das mühselige Wirken ihrer Gewerkschaften beobachten können, ihre Schlüsse ziehen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Bekanntmachung der Sibernia.

Dem preussischen Landtag ist eine Regierungsvorlage zugegangen, welche den Ankauf der Staatsminen und der Bergbauanteile der Berggesellschaft Sibernia durch den Staat vorschlägt. Wir haben über die vergeblichen Bemühungen des Staates, schon 1904 die Aktienmehrheit zu erwerben, noch in Nr. 46 der „Bergbau-Ztg.“ berichtet. Jetzt sollen die damals nicht erhaltene Staatsminen im Nennwerte von 32,4 Millionen Mark und die 1904 herausgegebenen 10 Millionen Bergbauanteile zum Preise von zusammen 98,18 Mill. Mark vom Staat erworben werden. Das entspricht für die Staatsminen einem Aufschlag von 254,42 Prozent, also dem mehr als 2½-fachen Betrage des Nennwertes der Staatsminen! Damit machen die Aktionäre ein glänzendes, der Staat aber ein schlechtes Geschäft!

Für die Minderheit der 1904 vom Staat erworbenen Sibernia-Aktien im Nennwerte von 27,55 Millionen Mark sind damals 70,11 Millionen Mark (Preis 254,42 Prozent) gezahlt worden, so daß, wenn die neue Vorlage Annahme findet, der ganze Erwerbspreis

für die Sibernia auf über 168 Millionen Mark bestünde! Ein sehr hoher Preis. Der Staat hofft, zukünftig einen Reinertrag aus der Sibernia von 16,92 Prozent zu erwirtschaften, von denen aber 11,48 Prozent für Zinsen an die früheren Aktionäre, mit der geschätzten Schuldentilgung 18,20 Prozent, abgehen; bleibt also dem Staat für das ganze Risiko nur eine Miete von 2,72 Prozent! Das ist ein Geschäft, bei dem für die früheren Aktionäre völlig müßlos eine hohe Kapitalrendite, für den Staat unter Umständen noch Zinsen herauskommen. Ueber die Vorlage wurde am 9. November im Landtag verhandelt. Wir gedenken darauf zurückzukommen.

Die Bergwerksindustrie im Königreich Polen.

Das neuerschaffene Königreich Polen besitzt in seinem Gebiet eine bedeutende Bergwerks- und Hüttenindustrie. Nach dem Jahrbuch über Industrie und Handel im Königreich Polen für 1910 waren 470 Unternehmungen mit 45 607 Arbeitern und einem Produktionswert von über 80 Millionen Rubel vorhanden. Davon entfielen auf:

Unternehmungen	Arbeiterzahl	Wert der Produktion (1000 Rubel)
Steinkohlenbergbau	41	25 420
Eisenerzbergbau	20	1 824
Zinn- und Bleierzbergbau	8	1 543
Eisenhütten	15	18 197
Zinshütten	8	754
		28 172
		612
		482
		28 830
		2 800

Der Welt verteilt sich auf Eisen, Zinn, Zink- und Salpeterminnung. Der angeführte Produktionswert der russisch-polnischen Eisenindustrie wird von Sachkennern für viel zu niedrig gehalten, er ist nach ihnen auf rund 60 Millionen Rubel zu schätzen. Dementsprechend ist auch der Gesamtmarkt der Produktion im Bergbau und Hüttenbetriebe Polens wesentlich höher zu schätzen als vorstehend angegeben. In der Metallindustrie, welche auch die Eisen-Verfeinerungsbetriebe umfaßt, wurden 1510 Unternehmungen gezählt, welche 62 027 Arbeiter beschäftigten und Waren im Werte von 115 801 000 Rubel herstellten. Die gesamte Industrie Russisch-Polens zählte im Jahre 1910: 10 053 Anlagen mit 400 922 Arbeitern und einer Erzeugung im Werte von 880 148 018 Rubel. Man wird diese Zahlen, die auf einer von privater Seite veröffentlichten Statistik beruhen, nicht unerheblich erhöhen müssen, um ein richtiges Bild zu gewinnen. Zur Beleuchtung der Bedeutung Russisch-Polens im Staatshaushalt des russischen Reiches mögen folgende Angaben dienen: Im Jahre 1912 war an den Gesamteinnahmen der Staatskasse aus dem europäischen Ausland im Betrage von 1 742 333 447 Rubel das Königreich Polen mit 220 841 108 Rubel gleich 13,2 Prozent beteiligt. Den Hauptposten bilden die Zolleinnahmen in der Höhe von 86 157 804 Rubel gleich 39,9 Prozent von insgesamt 216 009 287 Rubel.

Der französische Kohlenbergbau im Krieg.

Die beiden Hauptkohlenbezirke Frankreichs, nämlich das des Calais und Nord, sind entweder von deutschen Truppen besetzt oder liegen doch so unmittelbar im Schlagsbereich, daß diese Bezirke keine Kohlen für den französischen Bedarf liefern können. Nur das Département Saône et Loire kann, wie „La Nature“ berichtet, dank den Leistungen der Gruben- und Anlagen im Jahre 1915 eine größere Fördermenge aufweisen als 1913. Die französischen Kohlenbergwerke hatten zwei Hauptschwierigkeiten zu überwinden: Mangel an Arbeitern und ungenügende Eisenbahntransporte. Nachdem die Mobilisierung 1914 den Bergbau um 20 v. H. den Gruben- und Saône-et-Loire-Gruben sogar 30 v. H. der Arbeiter entzog, hatten die Gesellschaften sich mit Mühe, mit Flüchtlingen aus dem Norden und dem Pas de Calais sowie mit Zurückgekehrten beholfen. Die Einberufung der letzteren schaffte neue Schwierigkeiten. Man mußte von den Militärschleppern mobilisierte Grubenarbeiter, Kriegsgefangene und kolonialen Arbeitskräfte anfordern, und zwar hauptsächlich algerische und marokkanische. Allmählich konnte so die Zahl der Arbeiter ungefähr auf Friedensstärke gebracht werden; die Qualität der Arbeiter ist aber weit schlechter als früher und dadurch erklärt sich der Rückgang der Leistungen. Andererseits sind die Vahnefordernungen sehr mangelhaft gewesen und haben auf den Gruben vollkommene Störungen hervorgerufen, genau wie in den Osenplätzen. Von November 1915 ab waren die meisten Gruben außerstande, Kohlen zu versenden. Im Februar 1916 hatten z. B. die Gruben von St. Etienne 20 850 T. auf Lager, die Gesellschaft Roche-la-Molière legte vom November 1915 bis Februar 1916 nicht weniger als 30 000 T. fest. Besonders die kleineren Gruben haben schwer unter diesen Umständen gelitten. Die Krise endete gegen Juni. Seitdem getroffene Maßnahmen haben die Förderung etwas gesteigert; im Mai 1916 wurden 300 000 T. mehr gefördert als im Mai 1915. Die Förderung kann noch erhöht werden, man darf aber keine zu großen Hoffnungen hegen; wenn noch 200 000 Tonnen monatlich mehr gefördert werden, muß man es als gutdienend betrachten und auch diese Besserung könnte nur erzielt werden, wenn die vorhandenen Arbeitskräfte durch drei Zehngänge der militärischen Landwehr aus der Front verstärkt würden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die deutschen Arbeitersekretariate.

Im Jahre 1915 waren in Deutschland 131 Sekretariate vorhanden, das sind 2 mehr als im Friedensjahr 1913. Vom Bergarbeiterverband werden 12 Sekretariate unterhalten. 12 Sekretariate haben an der Berichterstattung nicht teilgenommen, was in der Hauptsache auf den Krieg und die dadurch erfolgte Einberufung der Sekretäre zurückzuführen ist. Die berichtenden Sekretariate wurden insgesamt von 535 948 Personen in Anspruch genommen; von diesen waren 500 407 gleich 93,4 Prozent Arbeitnehmer oder Angehörige solcher; 290 707 gleich 36,5 Prozent waren gewerkschaftlich organisiert. Bemerkenswert ist die gegen das Vorjahr stark gesteigerte Zahl der weiblichen Auskunftsfindenden, die natürlich in Verbindung mit dem Kriegszustand steht. Vielfach haben Frauen in Kriegsfrüorgefällen die Sekretariate aufgesucht. Aber auch die während des Krieges im erheblichen Umfang erfolgte Veranlagerung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur stärkeren Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen geführt haben. Unter 610 694 Arbeitnehmern, die 1914 die Sekretariate in Anspruch nahmen, befanden sich 143 845 Frauen gleich 23,6 Prozent, während 1915 ihre Zahl 223 077 gleich 44,6 Prozent betrug. Ingesamt wurden im Jahre 1915 von den berichtenden Sekretariaten 583 967 Auskünfte erteilt, davon 495 066 mündlich und 44 929 schriftlich. Die Gesamtzahl der Auskünfte steht gegen das Vorjahr um 86 692 zurück. Der größte Teil von den insgesamt erteilten Auskünften, und zwar 140 151, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. Es folgt dann das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 137 876 (1914: 117 438) Auskünften. Hier ist im Gegensatz zu allen anderen Gebieten eine erhebliche Steigerung der Auskünfte eingetreten. Dieses Moment kam auch als eine Folge des Kriegszustandes angegeben werden, besonders deshalb, weil auf die Gemeinden ein großer Anteil der Kriegsfürsorge entfällt. Sicher ist, daß, wie aus verschiedenen Anmerkungen in den Berichten hervorgeht, ein Teil Sekretariate die Auskünfte in Familienunterstützungs-fällen von Kriegsteilnehmern unter Gemeinde- und Staatsangelegenheiten registrierten; obwohl diese Fälle gesondert aufgeführt werden sollten. Das letztere ist leider nur von 79 Sekretariaten geschehen, die zusammen 51 218 Auskünfte in Familienunterstützungs-fällen verzeichneten. Diese Zahl entspricht deshalb bei weitem nicht den wirklichen Umfang der in dieser Sache erteilten Auskünfte; ein erheblicher Teil der Sekretariate zählte diese Auskünfte unter „Militärwesen“. 134 692 (1914: 195 858) Auskünfte betrafen das wichtige Gebiet der Arbeitervermittlung, und zwar entfielen davon auf die Unfallversicherung 66 103 (102 137), auf die Krankenversicherung 33 850 (48 287), auf das Knappschaftswesen 2927 (3662) und auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 31 718 (39 799) Auskünfte. Einen ziemlich erheblichen Rückgang an Auskünften weist die Unfallversicherung auf. Von allen auf die Arbeiterversicherung bezug habenden Auskünften kamen auf die Unfallversicherung 1914: 32,7 Prozent, 1915 dagegen nur 49,1 Prozent. Die Auskünfte über Arbeits- und Dienstvertrag gingen von 65 008 im Jahre 1914 auf 54 599 im Jahre 1915 zurück. Von den übrigen Auskünften betrafen das Strafrecht 21 754 (33 349), die Arbeiterbewegung 4056 (5929), das Vereins- und Versammlungsrecht 865 (1592), Privatversicherung 777 (10 494) und Handel- und Gewerbe-fällen 2106 (4101).

Neben diesen von den freien Gewerkschaften eingerichteten Arbeitersekretariaten unterhalten die Gewerkschaftsparteien an

zahlreichen Orten noch Auskunftsstellen. Von 146 haben 121 Auskunftsstellen überhaupt Berichte eingefandt und zwar verzeichnen sie zusammen über 38 507 Auskünfte. Die Sekretariate und Auskunftsstellen der freien Zentralverbände haben sich also auch während des Kriegsjahres 1915 wieder als die besten Schutzkräfte für hilfslose Recht- und Ausfindende bewährt.

Die Aushalter der „Wirtschaftsfriedlichen“.

Der 1. Vorsitzende der Vereinigung deutscher Arbeitergebetverbände hat folgenden Brief an die Unternehmer gerichtet:

„Berlin W. 35, den 10. November 1915.“

Guer Hochwohlgeboren

haben einen Betrag von 10 Mark für den Förderungsansatz der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung im letzten Jahre vor dem Kriege gesendet. Unter Zustimmung des Förderungsansatzes, der seine Tätigkeit für die Kriegszeit eingestellt hat, hat die Vereinigung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbetriebe die Sammlung von Beiträgen für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung übernommen.

Die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß sie schon ihrem Umfang nach den kampfgewerkschaftlichen Organisationen an die Seite gestellt werden kann. Dieser Fortschritt ist trotz außerordentlicher Hindernisse erlitten worden. Immer mehr und mehr haben vaterländisch und wirtschaftlich denkende Kreise des öffentlichen Lebens eingesehen, von welcher gegenwärtigen Wirkung für den Fortschritt unseres Wirtschaftslebens, der auf den Frieden der Beteiligten gegründet sein muß, der Zusammenschluß der wirtschaftsfriedlichen denkenden Arbeiter ist. Sowohl bei verschiedenen Parteien im Reichstage, als auch in den Landtagen hat die Bewegung willige Unterstützung gefunden. In einer großen Versammlung am 1. Oktober 1915 in Berlin haben namhafte Vertreter aus allen Gesellschaftskreisen, Männer des öffentlichen Lebens und der Industrie von neuem ihre Sympathie mit den Bestrebungen der wirtschaftsfriedlichen Verbände zum Ausdruck gebracht und deren tatkräftige Unterstützung zugesichert. Ist schon während des Krieges die Förderung aller auf den Wirtschaftsfrieden gerichteten Bestrebungen eine Hauptaufgabe aller deutschen Gesellschaftskreise, so wird es besonders nach dem Kriege nötig sein, in Anbetracht der von allen Seiten auf die schaffende Arbeit herein-drängenden Erschwerungen und Belastungen, im Hinblick auf die sicher zu erwartenden großen wirtschaftlichen Kämpfe alle Kräfte zu sammeln, die auf dem Boden eines friedlichen Zusammenarbeitens aller sozialen Schichten stehen.

In dieser Erkenntnis hat die Vereinigung der deutschen Arbeitergebetverbände sich die Förderung der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung angelegen sein lassen und es gern übernommen, sich dem Hauptansatz nationaler Arbeiter- und Berufsverbände als der Spitze der wirtschaftsfriedlichen Organisationen beratend und unterstützend zur Seite zu stellen. Die Förderung muß sich auch auf das finanzielle Gebiet erstrecken, da die wirtschaftsfriedlichen Verbände heute noch nicht in der Lage sind, aus den Beiträgen ihrer Mitglieder die finanziellen Lasten in vollem Umfang allein zu tragen und ihren Mitgliedern angemessene materielle Vorteile zu sichern. Die Vereinigung der deutschen Arbeitergebetverbände ist deshalb beauftragt worden, in den der Bewegung freundlich gesinnten Kreisen eine Sammlung einzuleiten, die eingehenden Gelder zu verwalten und dem Hauptansatz nationaler Arbeiter- und Berufsverbände nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung der deutschen Arbeitergebetverbände hat selbst einen namhaften Zuschuß bewilligt, andere Verbände und Einzelpersonen haben gleichfalls größere Beträge in Aussicht gestellt.

Wir wenden uns nunmehr auch an Sie mit der Bitte, wie früher einen Zuschuß für die wirtschaftsfriedliche Arbeiterbewegung zu bewilligen und diesen Zuschuß uns zur Verwaltung und Verwendung übermitteln zu wollen. Zu diesem Zwecke hat die Vereinigung bei der Diakonievereinigung in Berlin W. 35, Unter den Linden 35, ein besonderes Konto „W.“ eingerichtet, an welches wir bitten würden, falls unsere Bitte Erfüllung findet, den bewilligten Beitrag einzufinden.

Vereinigung der deutschen Arbeitergebetverbände.

G. Gams, 1. Vorsitzender.

Damit nicht seit, daß die Unternehmer nicht nur die „Wirtschaftsfriedlichen“ ausschalten, sondern sie verhalten auch Gelder für die „Wirtschaftsfriedlichen“. Auf der am 18. und 19. November in Oelsnis 1. Ergebe. Stattgefundenen Jahresversammlung des Wirtschaftsfriedlichen schiedsgerichtlichen Arbeitervereins bedankte man sich besonders für die Unterstützung durch den Bergbauischen Verein! Auch dies ist nur ein weiterer Beweis dafür, in welcher Weise sogenannte Arbeiterorganisationen von Unternehmern gefördert und unterstützt werden. Nicht umsonst! Die „Wirtschaftsfriedlichen“ haben als Gegenleistung ihren Wohlstand zu dienen, haben sich, wenn es gewünscht wird, im Dienste der Reaktion und des Scharfmachertums zu betätigen und vor allen Dingen bei Lohn- und Arbeitsvertragsverhandlungen sich als Schutztruppen der Unternehmer gegen fordernde Arbeiter zu gebrauchen zu lassen. Daher die finanziellen Unterstützungen aus Unternehmerkassen. Man kann verstehen, daß in den Reihen der Arbeiterorganisationen, die ehrlich bestrebt sind, die Interessen der arbeitenden Klassen zu wahren, sich ein harter Widerwille gegen die „Wirtschaftsfriedlichen“ breit macht; selbständig denkende und selbstbewußte Arbeiter den „Wirtschaftsfriedlichen“ möglichst weit aus dem Wege gehen möchten und daß sie sich dem vielfach während der Kriegszeit auftretenden Bestreben widersetzen, die „Wirtschaftsfriedlichen“ gleichberechtigt mit den Gewerkschaften zu den verschiedensten Beratungen heranzuziehen. Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß den sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbänden der Charakter einer selbständigen Arbeiterorganisation vollständig abgeht, daß sie einzig und allein zu dem Zweck gegründet worden sind und mit Unternehmergeldern ausgestattet werden, um die Interessen der Unternehmer gegen die Interessen der Arbeiter zu wahren. Solche Organisationen sind keine Arbeitervertretungen; sie können, wo es sich um Verhandlungen über Arbeiterforderungen und soziale Aufgaben handelt, in solchen Verhandlungen nichts nützen, aber diese nur erschweren. Wer den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern trotzdem die „Wirtschaftsfriedlichen“ als gleichberechtigte Arbeitervertretung auszubringen versucht, sollte nicht vergeßen, daß auch in der Arbeiterwelt ausgeprägtes Schmegelel vorhanden ist, das sich gegen das Renegatentum in der eigenen Klasse genau so wendet, als wie dies bei anderen Gesellschaftsklassen der Fall ist, die auf Ehre Anspruch machen. Wir können selbstverständlich nicht verhindern, wenn „Wirtschaftsfriedliche“ als Vertreter mit zu Sitzungen und Verhandlungen, wie sie sich aus dem Kriege ergeben, hinzugezogen werden, aber dann müssen sie als das betrachtet werden, was sie in Wirklichkeit sind: als Abgesandte und Bevollmächtigte ihrer Auftraggeber und Aushalter, als Vertreter der Unternehmer. Wer sie als den Gewerkschaften gleichberechtigte Arbeitervertretung heranzieht, durchbricht die Parität, die nötig ist, um ein erfrischendes Zusammenarbeiten zu erzielen.

Internationale Rundschau.

„Wir sind nicht allein in Europa!“

Wenn man in gewissen Zeitungen liest, was dort über Sinau-fischen der deutschen Landesgrenzen als angeblich „unbedingt nötige“ Kriegsfolge zusammengeschrieben wird, so muß man sich doch fragen, ob diese Zeitungsschreiber denn gar nicht an die Zukunft Deutschlands denken und ob ihnen die Weltgeschichte gar nicht gelehrt hat. Wer allerdings den Krieg als eine „Notwendigkeit“ zur „Verjüngung der Völker“ betrachtet (die jungen, kräftigen Männer fallen dem Krieg zum Opfer, Kranke, Greise und Krüppel bleiben daheim, daher „Völkerverjüngung“), für den ist es selbstverständlich, daß der Krieg ohne Amerikaner und Japanderreichung nicht gut ausgehen kann. Solche Leute gibt es in allen Ländern. Wer aber gerade vom deutschen Standpunkt Gewichts darauf legt, die gewalttätige feindliche Koalition, der wir uns jetzt zu erwehren haben, nicht dauernd zu machen, der wird nicht sagen, die Opfer seien umsonst gefallen, wenn nicht dieser oder jener Landesteil annektiert wurde, (Notabene reden so auch sehr viele Leute, deren einziges „Opfer“ darin besteht, daß sie ihr Vermögen verheeren.) Im heutigen Reich kann nicht zu oft an die kluge Haltung Bismarcks 1866 gegen den Plan, als Ausgleich für die Kriegssopfer ein gehöriges Stück von Österreich zu annektieren, erinnert werden! Bismarck hat voraus, daß dadurch Österreich zu einem er-

An den Verband des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Wir empfangen Ihre Schreiben vom 29. v. M. und begreifen uns auf die Unterstützung Ihres geehrten Herrn Vorstehenden Sachse mit unserem Herrn Dr. Goldschmidt. Hiermit ist es leider nicht möglich, größere Mengen Seife und Seifenpulver, als zwei Aufsatzen entspricht, den Bergarbeitern zu verschaffen, doch wird es sich zunächst wenigstens mit Seife zufriedenstellen lassen, diese Mengen dem einzelnen Arbeiter auch wirklich zu kommen zu lassen und den Bedarf für einige Zeit sicherzustellen. Wir haben uns inzwischen mit allen in Frage kommenden bergbaulichen Vereinen und einiger sog. Bergwerksdirektionen in Verbindung gesetzt und haben diese Korporationen gebeten, uns die Stoffe, die in dem betreffenden Bezirk zu versorgenden Arbeiter auszugeben. Diejenigen Korporationen, welche diesem Ersuchen bereits nachgekommen sind, haben sofort die zutreffenden Mengen Seife und Seifenpulver für den Bedarf von zwei Monaten zur Verfügung gestellt. Von einer Reihe von Korporationen haben wir die gewünschten Angaben noch nicht erhalten, z. B. auch von dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen, welcher für Rheinland und Westfalen vor allem in Betracht kommt.

Wir sind von der Wichtigkeit Ihrer Angaben, daß das Seifenquantum bei der letzten Qualität der Seife nicht ausreicht, überzeugt, doch vermögen wir leider infolge Materialmangels nicht hiergegen zu tun. Besonders ist Ihr Vorschlag der Verteilung einer besseren Seife wegen des damit verbundenen höheren Verbrauches nicht durchführbar. Dagegen sind wir bereit, zur Ergänzung der schmalen Seifenration fettlosse Waschlappen bereit zu stellen und haben auch bereits mit einzelnen Firmen deswegen verhandelt. Für die Verteilung fettloser Waschlappen wird es zunächst erforderlich sein, einen ungefähren Anhalt über den voraussichtlichen Verbrauch zu erhalten. Wir haben den verschiedenen Bergbehörden und Korporationen, mit denen wir korrespondieren, anheimgestellt, mit Ihrer Organisation sich zu verständigen, um über die Verteilung der fettlosen Waschlappen aus den Arbeiterkreisen selbst Vorschläge entgegenzunehmen. Wir stellen ergebenst anheim, auch Ihrerseits in dieser Frage vorzulegen zu werden. Von einer der angefragten Korporationen erhielten wir die Mitteilung, daß die Angelegenheit im Einvernehmen mit den bei den einzelnen Werken vorhandenen Arbeiterausschüssen erörtern werden soll, welche Regelung wohl Ihrem Wunsch entsprechen dürfte.

Dies Schreiben bestätigt, daß die Seifenration zunächst für die Kriegsdauer ausbleiben wird, denn wo nichts ist, ist schließlich auch nichts zu holen. Immerhin muß darauf gesehen werden, daß Arbeiter, die auf eine tägliche gründliche Körperreinigung angewiesen sind, von dem Hammer erlöst werden, diese Reinigung erst mit Wismutstein und Zunder vorzunehmen, wie das jetzt schon vielfach der Fall ist. Vielleicht läßt sich noch ein Ausweg finden, wenn man sich anstrengt, diesen zu suchen. Es handelt sich nämlich nicht um die Frage, wie man den schmutzigen Körper alle Tage rein bekommt, sondern auch darum, wie man die Gesundheit der in diesem Kriege ganz besonders wertvollen Arbeiterkategorie, die der Bergarbeiter, aufrecht erhält. Ein Mittel, dem vorhandenen Unheil zu steuern, ist die blühende Abgabe von vorhandenen Seifen an die Belegschaften.

Erfolge der Hausagitation.

Ueber die Erfolge, die die letzten Hausagitationen brachten, liegen noch folgende Meldungen vor. Es wurden am 28. November an neuen Mitgliedern gewonnen in Mengen der 19 (November überhaupt 24), in acht Bezirken des Reddinghauser Bezirks 92, in Eigen 28, in Eichlinghauser Bezirk 98, in Ramm, Efferde und Massen bisher 20, in Suderwich wurden 29 (im November insgesamt 34) aufgenommen.

Im 2. Bezirk Essen sind aufgenommen in Raternberg 22, in Essen (Stadt) 53, in Freilands 38, in Freilands 18, in Altenhof 18, in Stecke 41, in Horst 10, in Altesse 18, in Rottkirchen 13, in Stoppenberg 12 und in Kratz 13. Mit einigen anderen Orten sind es bis jetzt 320 Aufnahmen, die im Bezirk Essen gemacht worden sind. Essen hat aber schon in den früheren Monaten durch fleißige Werberarbeit erfreuliche Fortschritte gemacht, so daß das vorstehende Resultat nur ein Teilergebnis der Agitation ist. Ebenso meldet uns der Vertrauensmann in Reiffenberg, daß er im November erneut 24 Aufnahmen zu verzeichnen hatte.

So geht es vorwärts, wenn gearbeitet wird. Werden nun die anderen Bezirke, die die Agitation bis heute noch nicht aufgenommen haben, jetzt mobil machen? Frage uns keiner, es geht nicht!

Verkaufung der Hibernia.

Am 9. Dezember ist im preussischen Landtag über die Verkaufung der Bergwerksgesellschaft Hibernia verhandelt worden. Wenn die Konserativen, der Freisinn und der Vertreter des Zentrum auch mit ihren Bedenken gegenüber dem Verkauf nicht zurückhielten, so stellten sie sich schließlich doch auf Seiten des Finanz. Kamerad Hue legte in kenntnisreicher Rede dar, daß der Fiskus der Bergwerksgesellschaft in einer Weise finanzielle Angebote gemacht habe und daß die Bedingungen, die bei der Verkaufung mitzuteilen, derartig seien, daß er als Freund des Verkaufungsgeheimnisses sich gegen den Entwurf der Hibernia wenden müsse. Wir werden noch Gelegenheit nehmen, auf die Landtagsverhandlungen zurückzukommen. Vorläufig ist der Entwurf zur weiteren Beratung an die verstärkte Budgetkommission verwiesen worden.

Teuerungszulagen — nicht für Bergarbeiter.

Die Direktion der Firma Krupp macht folgendes bekannt: Mit Rücksicht auf das bevorstehende Weihnachtsfest haben wir beschlossen, die für Dezember bereits in Aussicht gestellten besonderen Vergütungen an die Arbeiter der Gußstahlfabrik wie folgt zu erhöhen:

I. Die auf der Gußstahlfabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die am 15. Dezember d. J. nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres mindestens drei Monate ununterbrochen im Dienste der Firma stehen und in der Zeit vom 16. September bis 15. Dezember mindestens 60 Arbeitstage geleistet haben, erhalten Mitte Dezember wieder eine besondere Vergütung. Diese beträgt:

a) für unverheiratete Arbeiter	30 M.
b) für unverheiratete Arbeiterinnen	25 "
c) für verheiratete Arbeiter, die Familienunterstützung bezogen haben	40 "
d) für verheiratete Arbeiter, die keine Familienunterstützung bezogen haben	
1. wenn sie keine Kinder haben	50 "
2. wenn sie 1 Kind haben	60 "
3. wenn sie 2 Kinder haben	70 "
4. wenn sie 3 Kinder haben	80 "
5. wenn sie 4 Kinder haben	90 "
6. wenn sie 5 Kinder haben	100 "
7. wenn sie 6 Kinder haben	110 "
8. wenn sie mehr als 6 Kinder haben	120 "
e) für verheiratete Arbeiterinnen	
1. wenn sie keine Kinder haben	40 "
2. wenn sie 1 Kind haben	50 "
3. wenn sie 2 Kinder haben	60 "
4. wenn sie 3 Kinder haben	70 "
5. wenn sie 4 Kinder haben	80 "
6. wenn sie 5 Kinder haben	90 "
7. wenn sie 6 und mehr Kinder haben	100 "

Für die Berechnung zu c) und d) kommen in Betracht alle im Haushalt befindlichen Kinder, die am 31. Dezember d. J. noch nicht 16 Jahre alt sind.

II. Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 18 Jahren erhalten eine besondere Vergütung von 15 M., wenn sie am 15. Dezember d. J. mindestens drei Monate ununterbrochen im Dienste der Firma stehen und in der Zeit vom 16. September bis 15. Dezember mindestens 60 Arbeitstage geleistet haben.

III. Die übrigen verheirateten Arbeiter und Arbeiterinnen, die spätestens am 1. November d. J. in den Dienst der Firma getreten und am Zahlungstage noch hier beschäftigt sind, erhalten folgende Vergütungen:

a) Arbeiter, die keine Familienunterstützung bezogen haben	25 M.
b) Arbeiter, die Familienunterstützung bezogen haben	30 "
c) Arbeiterinnen	15 "

IV. Nicht gezahlt werden die Vergütungen nur an diejenigen, welche unbefugt von der Arbeit ferngeblieben sind oder sich sonst grobe Verstöße gegen die Arbeitsordnung haben ausüben können lassen, ferner nicht an diejenigen, die vor dem Zahlungstage ausgeschieden sind oder an diesem Tage in Abfertigung stehen.

V. Im übrigen finden die Bestimmungen der Bekanntmachung Nr. 16 vom 12. September 1916 betreffend Berücksichtigung von Vertriebsunfällen, Krankheit und Erholungsurlaub entsprechende Anwendung.

VI. Weitere besondere Vergütungen sind zunächst für den Monat Februar in Aussicht genommen.

Das Bureau für Arbeiterangelegenheiten wird die Einzelheiten im Benehmen mit den Betrieben regeln.

Warum sollen die Bergarbeiter der Kruppischen Werke (Säler, Neudorf, Hannover, ferner Erzegehen im Siegen-Bezirk) nicht von diesen Teuerungszulagen ausgeschlossen sein? Mehrere Belegschaftsversammlungen von Säler, Neudorf haben sich bereits über die Zurücksetzung beklagt, wie man sieht, erfolglos. Wie stehen den Bergarbeitern noch besondere Teuerungszulagen in Aussicht? Oder glaubt die Direktion, die Bergarbeiter würden bereits „außerordentlich gut“ entlohnt?

Erhöhung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer.

Wie wir in der vorigen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ kurz andeuteten, hat der Bundesrat eine Erhöhung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer beschlossen. Diese Unterstützung ist für jede Frau von 15 auf 20 Mark, für jedes Kind (und andere Angehörige) von 7,50 auf 10,00 M. erhöht worden. Da der Beschuß so gefaßt ist, daß die Unterstützungssätze für November und Dezember auf einmal ausgezahlt wird, so erhalten die Kriegsfamilien so quasi als Weihnachtsgeld einen Zuschlag wie folgt: Kriegerfrau ohne Kinder 10 M., mit 1 Kinde 15 M., mit 2 Kindern 20 M., mit 3 Kindern 25 M., mit 4 Kindern 30 M., mit 5 Kindern 35 M., mit 6 Kindern 40 M., mit 7 Kindern 45 M., mit 8 Kindern 50 M. Für die Eltern und sonstigen Angehörigen beträgt die November- und Dezember-Zulage des Kindes im ganzen 5 Mark.

Von Januar bis April 1917 tritt die normale Erhöhung von 5 M. für die Frau und 2,50 M. für ein Kind in Kraft. Es beträgt dann die Weihnachtszulage überhaupt: Kriegerfrau ohne Kinder 20 M., mit 1 Kinde 30 M., mit 2 Kindern 40 M., mit 3 Kindern 50 M., mit 4 Kindern 60 M., mit 5 Kindern 70 M., mit 6 Kindern 80 M., mit 7 Kindern 90 M., mit 8 Kindern 100 M. Hinzu kommen dann die Zuschläge der einzelnen Gemeinden, wo solche gezahlt werden. Für Eltern und sonstige Angehörige beträgt im vorstehenden Zeitraum die Unterstützung monatlich 10 M.

Als der Krieg ausbrach, war die Familienunterstützung durch das Gesetz vom 28. Febr. 1888 geregelt. Die Mindestsätze, die dies Gesetz vorsah, betrugen für die Ehefrau im Sommer 6, im Winter 8 M., für die übrigen Bezugberechtigten, vor allem also für die Eltern und Kinder, 4 M. monatlich. Der Bundesrat erhöhte nachträglich die Mindestsätze für die Ehefrau auf 12 M. im Winter und 9 M. im Sommer, für die übrigen Bezugberechtigten auf 6 M. Gleichzeitig wurde der Personenkreis der Bezugberechtigten erweitert. Im April 1915 wurde dann der Winter- und Sommerausgleich aufgehoben. Im Oktober 1915 wurden dann — wieder durch Verwaltungsanordnung — die Wintermindestsätze auf 15 M. für die Ehefrau und 7,50 M. für die übrigen Anspruchsberechtigten erhöht. Durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 sind die genannten Beträge zu Einheitsmindestsätzen für das ganze Jahr geworden. Diese Steigerung der Unterstützungssätze verbanden wir in erster Linie den unermühten Bemühungen der Arbeiterorganisationen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Polnische Arbeiter im rheinischen Braunkohlenrevier.

Wie die „Rheinische Zeitung“ kürzlich mitteilte, sind in der Braunkohlenindustrie im Kölner Revier hunderte Arbeiter aus russisch-polen beschäftigt, die sich vor ihrer Abreise aus Polen vertraglich für mindestens sechs Monate verpflichten mußten. Mehrere dieser Arbeiter klagten am Kölner Gewerbegericht gegen die Gewerkschaften Ver. einigte Wille und Maria Gluck mit dem Antrage, festzustellen, daß sie beschäftigt seien, das Arbeitsverhältnis nach sechsmonatiger Dauer zu lösen, und daß die Beklagten verpflichtet seien, ihnen die Papiere herauszugeben, nachdem sie ordnungsmäßig mit 14-tägiger Frist gekündigt hätten. Namentlich sei es ihnen um höhere Löhne zu tun, wie sie auch die anderen freien Arbeiter bezögen. Die Vertreter der beklagten Gewerkschaften beantragten Abweisung der Klage. Die Leute dürften nach einer Verfügung des Gouverneurs der Posen kein ohne Genehmigung der Gewerkschaften und ohne Genehmigung des Gouverneurs die Arbeitsstelle nicht wechseln. — Das Gericht hatte in einer früheren Sitzung ausgesprochen, daß diese behördliche Einschränkung mit dem Arbeitsvertrag an sich nichts zu tun habe, die Klage auf Entlassung, daß die Arbeiter berechtigt seien, das Arbeitsverhältnis zu lösen und die Herausgabe der Papiere zu verlangen, sei zulässig und gerechtfertigt. Mit einem Urteil, daß die Arbeiter vertraglich nicht verpflichtet seien, das Arbeitsverhältnis fortzusetzen, ist den Arbeitern aber nicht gebiet, denn es ist keine Frage, daß der Gouverneur Maßnahmen wie die geschilderte treffen könne, und die Klager würden sich Strafen aussetzen, wenn sie entgegen diesen Bestimmungen handelten. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts hat sich daher in dieser Angelegenheit an den Gouverneur gewandt, der darauf mitgeteilt hat, daß er gegen einen Arbeitswechsel der Klager an sich nichts einzuwenden habe, wenn sie eine Verzeinerung beibrächten, daß sie anderweitig ein Arbeitsverhältnis auf mindestens sechs Monate abgeschlossen hätten. Hiermit waren die Klager zufrieden. Die Gewerkschaften aber haben mittlerweile die Löhne der russisch-polnischen Arbeiter heraufgesetzt, so daß diese erklärten, das alte Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Im anderen Falle waren die Klager bereit, die Verzeinerung eines neuen sechsmonatigen Arbeitsvertrages bei einem anderen Arbeitgeber vorzulegen.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Erhöhung der Teuerungszulagen.

Am 18. August d. J. ist den Braunkohlenwerken im Reih-Menselwitzer Revier durch die Bezirksleitung des Verbandes eine Eingabe zugestellt worden, in welcher eine Lohnerhöhung von 10 Prozent mit einem Mindestlohn von 7 Mark pro Schicht verlangt wurde. Auf diese Eingabe kam am 2. September, ohne wesentliche Abweichung, von den Grubenverwaltungen folgende Antwort:

„Auf die Eingabe betreffend Lohnerhöhungen erwidern wir ergebenst, daß die Vorrangigkeit derartiger Wünsche Sache der gesetzlich bestehenden Arbeiterausschüsse der einzelnen Belegschaften ist, deren Anträge wir gern prüfen wollen.“

Zu diesen Antworten nahmen die Vertrauensleute des Verbandes Stellung und beschloßen einstimmig, den vorgezeichneten Weg zu beschreiten. In den Belegschaftsversammlungen bekamen die organisierten Ausführmittelglieder den Auftrag, im Sinne der Forderung die Wünsche der Belegschaften erneut den Grubenverwaltungen vorzutragen. Den Auftrag haben auch die meisten Vertreter ausgeführt. In den darauf stattgefundenen Verhandlungen ist nun folgendes Ergebnis erzielt worden:

Auf den Gruben der Riebeckischen Montanwerke ist das Gehalte für Salzarbeiten etwas erhöht und gleichmäßig gestellt worden und für Dezember als besondere Zulage der 25-fache Schichtenbeitrag der jetzt gezahlten Teuerungszulage gewährt worden. Den weiteren Wünschen der Belegschaften soll dann Rechnung getragen werden, wenn die Regierung die geplante Kohlenpreiserhöhung bewilligt. Auf Kosten der Allgemeinheit will die Gesellschaft die Forderungen der Arbeiter erfüllen.

Nicht so glatt verlief die Sache bei der Werschen-Weisenfelder Gesellschaft ab. Der Arbeiterausschuß von der Grube Gröbichen hatte ebenfalls eine Eingabe, versehen mit den Unterschriften sämtlicher Belegschaftsmittelglieder, bei der Grubeninspektion eingereicht und gefordert, bis zum 10. November darauf Antwort zu geben. Der 10. November kam heran, ohne daß die Grubeninspektion der Eingabe eine Verurteilung geantwortet hätte. Wegen dieser Mißachtung legten die Grubenarbeiter am 11. November geschlossen die Arbeit nieder. Dieser Schritt veranlaßte die Inspektion sofort, für den 13. November Verhandlungen festzusetzen. Bei diesen wurde den Ausführmittelgliedern eröffnet, daß die Teuerungszulage eine 25-prozentige Erhöhung erfahren sollte. Weiter soll der Stundenlohn bei Schichtarbeitern von 35 auf 50 M. angehoben werden.

So bescheiden die Zulagen sind, würden sie immerhin Beachtung gefunden haben, wenn sie nicht mit einem gewissen Beigeschmack verknüpft wären. Kurz nach den Verhandlungen bekamen zwei Kameraden, die sich wesentlich für die Interessen ihrer Arbeitsgenossen ins Zeug gelegt hatten, Ordre zum Geeschieß. Beide Kameraden sind starke Familienväter im Alter von 44 und 46 Jahren, ihre Reklamation soll angeblich noch bis zum 31. Dezember laufen. Hier wird man die Vermutung nicht los, daß die Einberufung infolge der Lohnbewegung geschah. Beruht die Einberufung auf Ungeheuer, um die beiden los zu werden, dann zeigt die Tat wirklich wenig väterliches Interesse. Sollen die Arbeiter und Arbeiterinnen tren zusammen, dann wird sich niemand durch solches Vorgehen beirren lassen.

Sanargebiet und Reichslande.

Sanarabische „Wohlfahrt“.

Vielfach wird in der Presse die Aufforderung an Kriegsinvaliden gerichtet, Arbeit aufzunehmen. Von ihrer Seite würde nichts gekürzt werden, heißt es; dahingegen sollen sie den vollen Lohn erhalten, wie andere Arbeiter. Wie aber mit den Kriegszentren in Wirklichkeit umgesprungen wird, dafür folgende Beispiele: Arbeiten sie im Gedinge, so verdienen sie je nach, wie ihre Kameraden, arbeiten sie jedoch im Schichtlohn, erhalten sie bis zu 60 und 70 M., weniger als ihre Kameraden. Ein Rentner, der 33 1/2 Prozent Rente bezieht und im Gedinge arbeitet, erhält gleichen Lohn wie seine Kameraden; ein anderer mit 20 Prozent Rente erhält an einer Arbeit, wo der Schichtlohn 5,80 M. beträgt, nur 4,00 M., wieder ein anderer Rentner mit 40 Prozent Rente verdient 4,70 M. Schichtlohn, ein anderer bei 50 Prozent Rente 4,20 M. pro Schicht. Warum sagt man nicht in der Aufforderung zur Arbeitsaufnahme den Invaliden von vornherein die Wahrheit?

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 10. bis 16. Dez. 1916) fällig. Wir bitten unsere Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Achtung Verbandsmitglieder!

Der Jahresabschluß steht vor der Tür und es ist die höchste Zeit, daß die restierenden Beiträge gezahlt werden, damit wir einen guten Jahresabschluß bekommen. Wir bitten deshalb alle Mitglieder für volle Zahlung der Beiträge für das Jahr 1916 zu sorgen. Ferner machen wir noch darauf aufmerksam, daß in diesem Jahre 53 Wochenbeiträge zu zahlen sind.

Der Druck der Nr. 53 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 30. Dezbr. d. J. muß wegen des Weihnachtstages schon am Samstag, den 23. Dezember erfolgen. Etwas Eingebungen, die in dieser Nummer veröffentlicht werden sollen, müssen bis Freitag, den 22. Dezember, in den Händen der Redaktion sein.

Rechtschutz befreit.

Abbed. Von nun ab wird Rechtschutz im Sekretariat Abbed nur Montags, Dienstags und Donnerstags erteilt. Die bisherigen Sprechstunden bleiben bestehen.

Manstcher Bezirk. Für die Mitglieder und deren Angehörige ist vom Dezember ab wieder jeden Mittwoch beim Wirt Thiemann in Hefbra die monatliche Rechtsauskunft erteilt, vormittags von 10 bis nachmittags 5 Uhr, angelegt. In bringenden Fällen, die wegen Ablauf von Rechtsmittelfristen keinen Aufschub dulden, wollen sich die Mitglieder schriftlich an das Bezirksbureau des Verbandes in Halle a. S., Post 42/44, wenden.

Bücherrevisionen.

In folgenden Buchstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Altenbiermark.	Vom 16. bis 23. Dezember.
Borbeck.	Vom 10. bis 23. Dezember.
Bornitz.	Vom 10. bis 21. Dezember.
Bredeneh.	Vom 1. bis 10. Januar.
Deusen.	Vom 15. bis 30. Dezember.
Gelsenkirchen I.	Vom 10. bis 31. Dezember.
Langenbomm.	Vom 15. bis 31. Dezember.
Langstrop-Hortmar.	Vom 6. bis 31. Dezember.
Niederbarn.	Vom 15. bis 30. Dezember.
Necklinghausen.	Vom 15. bis 31. Dezember.
Stadenbusch.	Vom 17. bis 24. Dezember.

Adressenveränderungen.

Bezirk Borna. Das Bureau befindet sich jetzt Borna, Angerstraße 2 (Telephon 220). Sprechstunden wie bisher.

Die Oktober-Abrechnung.

Hatten bis zum 30. November 1916 folgende Buchstellen nicht eingekant: Bezirk Essen: Dt. Welt, Horst (Mühl); Bezirk Oberhausen: Hotten; Bezirk Lahn-Dillkreis: Arzbach, Wombaden, Willingen, Salzberg und Oberdorf; Bezirk Aachen: Wardenberg, Marienberg, Rammelscheide und Nebach; Bezirk Wabern: Leonberg, Wadersdorf; Bezirk Nordhausen: Elgershausen, Frankenhäusen, Badeggen, Eningen, Leimbach, Einna, Stadtlengsfeld, Neßleben, Rastenberg, Wolftramshausen und Neßlinghausen.

Für den Unterstützungsfonds.

der Hinterbliebenen der zu den Zahlen eingezogenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein: Bezirk Oberhausen: Weidrich I 13,25, Duisburg-Laar 7,50, Sterkrade II 10,—, Wiefang 2,—; Bezirk Hamm: Büren 15,—; Bezirk Gladbeck: Zwickel 20,—.

Hauptkasse.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

Johann Uhe, Gelsenkirchen I.	August Kleinfop, Hildheim.
Emil Schirmacher, Obercastrup.	Paul Schmickel, Gethfeld.
Karl Kemmes, Altenbomm.	Germann Wittig, Gethfeld.
Fritz Beder, Bredeneh.	Anton Drewnitz, Lipine.
Ludwig Nordbeck, Herne I.	Franz Stechitz, Lipine.
Wilhelm Eiswoski, Arzb.	Paul Schöller, Wabernburg.
Aug. Desnitsowski, Rütgendortmund.	Robert Junghans, Delsnitz.
Karl Steinberg, Bredeneh.	Robert Kunder, Delsnitz.
August Follert, Dortmund I.	Willi Kähler, Delsnitz.
Heinrich Feinplatz, Eilbe.	Willi Bachmann, Delsnitz.
Bernhard Rottmann, Wabern.	Heinrich Weibitzel, Gaste.
Willy. Schafmeister, Schüren.	Theodor Gelske, Gelsenhausen.
Wilhelm Klein, Wabernhausen.	Karl Kemper, Gelsenhausen.
Paul Schmidt, Eilbe.	Willi Kähler, Mülten-St. Michael.
E. Mag. Uhlig, Niederwiltshaus.	Walter Seibert, Ludenau.
Otto Seitel, Niederwiltshaus.	Alfred Pauli, Ludenau.
Willy. Mann, Teufeln.	Ernst Zimmermann, Bipsendorf.
Karl Gahmann, Teufeln.	Willi Niemann, Bernburg.
Heinrich Schabe, Teufeln.	Otto Franze, Bernburg. (3573)

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten! Verichtigung: Der in Nr. 38 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 16. September als gefallen gemeldete Kamerad Josef Schneider in Schüren befindet sich in Gefangenschaft.

Taschen-Kalender für Bergarbeiter werden so zahlreich bestellt, daß es uns bei dem wenigen uns zur Verfügung stehenden Personal nicht möglich ist, allen Bestellern sofort liefern zu können. Wir bitten daher um etwas Geduld. A. Hausmann & Co.